

II-350 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XII. Gesetzgebungsperiode

Wien, 17. Juli 1970

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Zl. 1663-Pr.2/70

66 / A.B.
zu 18 / J.
Frls. am 12. Juli 1970

An die

Kanzlei des Präsidenten
des Nationalrates

Parlament

W i e n , 1.

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Dr.Kohlmaier und Genossen vom 20.Mai 1970, Nr.18/J, betr. Weiterarbeit der Kommission zur Reform des Familienlastenausgleiches, beehre ich mich mitzuteilen:

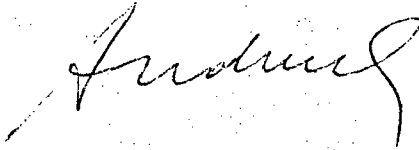
Die Familienpolitische Kommission wurde ausschließlich zu dem Zweck errichtet, den Bundesminister für Finanzen bei der Prüfung und Erstellung von Vorschlägen an den Nationalrat über die Steigerung der Einnahmen für den Familienlastenausgleich unter Berücksichtigung der Finanzkraft der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung gemäß der Entschliebung des Nationalrates vom 24.10. 1967 (E 84-NR) zu beraten.

Die Familienpolitische Kommission beim Bundesministerium für Finanzen hielt bisher insgesamt drei Sitzungen, und zwar am 25.März und 19.Juli 1968 und am 18.Feb.1969, ab. Die bisher vorliegenden Stellungnahmen lassen erkennen, daß eine Übereinstimmung der Ansichten der Kommissionsmitglieder derzeit nicht erzielt werden kann. Ferner hat der Familienpolitische Beirat beim Bundeskanzleramt in seiner Sitzung vom 29.Juni 1970 beschlossen, einen Unterausschuß zu bilden, der die Möglichkeiten einer Änderung des Systems der Familienbeihilfe bis zum Herbst 1970 beraten soll. Diesen Arbeiten, die allenfalls auch die Einnahmen des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen berühren werden, sollte nicht vorgegriffen werden.

Im Hinblick auf diesen Sachverhalt wäre es gegenwärtig unzumutbar, den in Gang befindlichen grundsätzlichen Beratungen über Änderungen des Beihilfensystems im Familienpolitischen Beirat bzw. in dessen Unterkommission vorzugreifen und die Arbeiten in der Familienpolitischen Kommission weiterzuführen.

- 2 -

Obwohl die Kommissionsarbeit bis jetzt realisierbare Ergebnisse nicht gezeitigt hat, schließe ich die Möglichkeit nicht aus, die Familienpolitische Kommission zu gegebener Zeit zur Weiterarbeit einzuladen.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Friedrich', is written over a horizontal line.